

Kritik übt Voglauer in diesem Zusammenhang an den Budget-Entscheidungen der Bundesregierung aus ÖVP, SPÖ und NEOS: „Wenn wir Volksgruppen im Parlament feiern, dürfen sie nicht gleichzeitig über das Budget eingeschränkt werden.“

„Ausstellung für echte Fortschritte nutzen“

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovinci/meldungen, 12.1. 2026)

„Dass wir 2026 nicht nur 50 Jahre Volksgruppengesetz begehen, sondern die Volksgruppen mit einer ganzjährigen Ausstellung nun auch dauerhaft im Parlament präsent sind, ist ein historischer Moment der Sichtbarmachung der sechs österreichischen Volksgruppen“, sagt Nationalratsabgeordnete Olga Voglauer (Grüne).

„Beides gemeinsam rückt die autochthonen Volksgruppen ins Zentrum der parlamentarischen Öffentlichkeit“, so Voglauer, Volksgruppensprecherin der Grünen und Landessprecherin der Grünen Kärnten, anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Wir sind Demokratie“ im Parlament in einer Aussendung.

„Die Ausstellung vermittelt deutlich, welchen zentralen Beitrag die Volksgruppen seit Jahrzehnten für Demokratie, Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten. Diese Leistungen werden mit der Ausstellung im Zentrum der österreichischen Demokratie endlich angemessen gewürdigt“, so Voglauer.

Und sie betont: „Sichtbarkeit allein reicht nicht. Das österreichische Parlament geht mit Vorbild voran. Nun muss auch die Bundesregierung dieses Zeitfenster nutzen, um konkrete Fortschritte bei der zweisprachigen Bildung und Betreuung, bei der rechtlichen Absicherung und bei der finanziellen Ausstattung der Volksgruppen zu erreichen.“

Kritik übt Voglauer in diesem Zusammenhang an den Budget-Entscheidungen der Bundesregierung aus ÖVP, SPÖ und NEOS: „Wenn wir Volksgruppen im Parlament feiern, dürfen sie nicht gleichzeitig über das Budget eingeschränkt werden.“ Die Kürzung der Volksgruppenförderung durch Ministerin Plakolm (ÖVP), die sich 2026 auf insgesamt 599.000 Euro summiert, sei „ein politisches Armutszeugnis und ein Schlag ins Gesicht der vielen Volksgruppenvereine“.

Dazu stellt Voglauer in der Aussendung klar: „Es braucht eine umfassende Reform des Volksgruppengesetzes, eine Förderung im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards und klare politische Fortschritte:

Vielfalt ist kein Kostenfaktor, sondern eine Stärke dieses Landes. Wer das nicht versteht, vergibt historische Chancen und gefährdet mühsam erkämpfte Errungenschaften.“